

Seit seiner Konstituierung als Bundesverband sieht sich der Marxistische Studentenbund Spartakus zunehmend scharfen Angriffen der reaktionären Kräfte in der BRD ausgesetzt. Ehemaligen Spartakus-Mitgliedern wird das Recht auf Anstellung als Lehrer verweigert, Verbotsdrohungen und Verleumdungen werden lanciert. Die Auseinandersetzung mit den Berufsverbänden und anderen Repressalien stand im Mittelpunkt der 3. Tagung des Bundesverbandes. „Unsere Zeit“ sprach mit dem Vorsitzenden des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, Christoph Ströwe.

„Unsere Zeit“: Welche konkreten Schritte hat der MSB gegen die Angriffe auf den Verband und seine Mitglieder eingeleitet?

Chr. Ströwe: Wir stellen zu der Kampagne der antidemokratischen Repressalien gegen DKP, SDAJ, Spartakus und andere fortschrittliche Kräfte fest: Wenn sich die Verfassungswidrigkeit der Bundesrepublik nicht mehr und mehr derjenigen Spaniens und Griechenlands angleichen soll, wo Kommunisten und Marxistinnen behandelt werden wie im Deutschland Hitlers, müssen diese Angriffe unterschiedslos von allen Demokraten energisch zurückgewiesen werden. Wir führen deshalb an allen Hoch- und Fachhochschulen eine breite Solidaritätskampagne gegen die Diskriminierung marxistischer Wissenschaftler und Lehrer, gegen die Verbotsdrohungen gegenüber unserem Verband. Gleichzeitig werden wir unseren Kampf für die Forderung „Marx an die Uni“ verstärkt fortsetzen.

Die Demokratisierung der Hochschule erfordert, daß die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterklasse, der Marxistinnen, im Lehrbetrieb seinen legitimen Platz erhält. Wir ordnen diese Solidaritätskampagne ein in den Kampf gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz der Bonner Regierung, das zur Verabschiedung ansteht.

Mit dem Angriff auf Spartakus soll diejenige Kraft an den Hochschulen getroffen werden, die den

„Spartakus“ Ende 1971

Interview der sozialistischen Volkstimung „Unsere Zeit“, Essen

Studenten die Einsicht vermittelt, daß eine demokratische Bildungsreform nur im Kampf gegen das Großkapital und seine Parteien, in einem engen Kampfbündnis mit der Arbeiterbewegung durchsetzbar ist.

Das Hochschulrahmengesetz wird die wichtigste Maßnahme der Herrschenden sein, um endgültig die Hochschulen in den Würgegriff der Großbourgeoisie zu bekommen. Unser Bundesvorstand hat deshalb einen Aufruf verabschiedet, der unter dem Motto steht: Mit Spartakus gegen das Hochschulrahmengesetz, gegen die Zwangsjacke für die Hochschulen, Bildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienst des Friedens.

„Unsere Zeit“: Spartakus sagt schon in seiner Grundsatzerklärung, daß der Platz der fortschrittlichen Studenten an der Seite der Arbeiterklasse ist. Er wirkt für die Aktionsgemeinschaft von Arbeiter- und Studentenbewegung. Wo liegen heute im Kampf um eine demokratische Bildungsreform die konkreten gemeinsamen Interessen?

Chr. Ströwe: Wir stellen in unserem Aufruf fest: 1969 wurde versprochen: Priorität für die Bildungsausgaben. Jetzt wird immer deutlicher: Die Priorität der Rüstung bleibt unangetastet, in der Bildung aber fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Die Bildungsmisere wird nicht abgeschafft, sondern per Hochschulrahmengesetz verewalt. Auf dem Rücken der Arbeiterkinder, denen der Zugang zur Hochschulbildung mehrheitlich noch wie vor versagt bleibt. Auf dem Rücken der Studenten, deren soziale Lage und Studienbedingungen sich weiter verschlechtern.

Ausgangspunkt jeder demokratischen Hochschulreform ist für uns die Brechung des Bildungsprivilegs. Gewerkschaften und fortschrittliche Studenten fordern: Mehr Arbeiterkinder an die Universitäten. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt es, daß die Mittel für die notwendige Ausweitung des Bildungswesens nicht durch den weiteren Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden, sondern daß sie zu Lasten der Monopolisten, insbesondere der Rüstungsprofiteure, gehen.

Wir sagen klar, daß nur die drastische Reduzierung des Rüstungsplans die Mittel für eine demokratische Bildungsreform bringt. Weil hier gemeinsame Interessen liegen, wirken wir für die Verbreitung des Gedankens der Solidarität im Kampf gegen die gemeinsamen Gegner, die Monopole. Es ist eben die gleiche Kampagne, die Betriebsjugendvertreter auf die Straße setzt, wenn sie sich für die Rechte ihrer Kollegen einsetzen, und die Einstellung marxistischer Dozenten und Lehrer verhindern will. Es sind die gleichen, die mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften im Betrieb den Maulkorb anlegen wollen und die zur Zerschlagung der gewählten Vertretungsorgane der Studenten, der ASten und Studentenparlamente blasen.

Je länger die Rüstungen andauern, je höher die Rüstungsausgaben steigen, desto schwerer wird ihre Last — nicht nur für die Wirtschaft und speziell den Staatshaushalt, sondern auch für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Die Aufmerksamkeit derer, die für Abrüstung kämpfen, war in den letzten 15 Jahren, wenn es sich um das Problem der sozialen und ökonomischen Folgen der Abrüstung handelte, vor allem auf die schwere finanzielle und materielle Belastung gerichtet, die die Rüstung darstellt... sehr viel weniger hat man sich mit den Folgen für Wissenschaft und Technik beschäftigt.

Folgen für Technik und Technologie

Beginnen wir mit den Folgen für die Technik und gehen wir zunächst von der Situation in den Vereinigten Staaten aus, wo wohl der höchste Prozentsatz des Brutto-Produktums für Rüstungen ausgegeben wird. Während in der Rüstungsindustrie die Arbeitsleistung in den letzten drei Jahrzehnten um Tausende von Prozent gestiegen ist, hat sie in der Zivilindustrie gegenüber den vorangegangenen 30 Jahren zwar weiter zugenommen, aber weniger als in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die Jahre der hohen Rüstung hatten einen dämpfenden, behindernden Einfluß auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Zivilindustrie. Die Arbeitsleistung je Arbeiter und Stunde stieg hier von 1950 bis 1970 um 3,0 Prozent, von 1965 bis 1970 um 2,1 Prozent und von 1968 bis 1970 um 0,8 Prozent. Auf internationaler Ebene ergeben derartige Berechnungen, daß bei drei Ländergruppen — solchen mit sehr intensiver Aufrüstung wie USA und England, solchen mit mittlerer Aufrüstung wie Frankreich und die BRD, solchen mit geringer Aufrüstung wie Japan — stärkste Aufrüstung zu relativ niedrigen Investitionen und relativ geringe Steigerung der Arbeitsproduktivität führt, während die Länder mit mittlerer Aufrüstung auch für Investitionen und Steigerung der Arbeitsproduktivität mittlere Werte zeigen, und Japan mit geringer Aufrüstung außerordentlich hohe Investitionen und eine enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität aufweist.

Je intensiver also die Aufrüstung, desto kümmerlicher der Zustand der Zivilindustrie. Aufrüstung kann zwar kurzfristig in den kapitalistischen Ländern zu relativ geringerer Arbeitslosigkeit und gutem Geschäftsgang führen, hat auf die Dauer aber technisches Zurückbleiben, damit abnehmende Konkurrenzfähigkeit im internationalen Markt und eine allgemeine Rüstungsmisere der Wirtschaft zur Folge. Dieser Zustand ist heute besonders deutlich in den Vereinigten Staaten.

Die Situation in der Sowjetunion unterscheidet sich insofern nicht grundlegend von der in den Vereinigten Staaten als auch sie sehr hohe Rüstungsausgaben hat, als die Konzentration von Forschung und Entwicklung auf die Rüstung einen dämpfenden, behindernden Einfluß auf die Entwicklung der Technik in der Zivilwirtschaft ausübt — und dies ungesüht der historisch-moralisch so eminent wichtigen Tatsache, daß die USA aufrüsten, um die Welt zu erobern und zu beherrschen, die Sowjetunion aber zur Verteidigung des Sozialismus und seiner Errungenschaften zu rüsten gezwungen ist. Dabei gibt es aber auch schon eine interessante und wichtige Nuancierung. Während die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion nicht weniger intensiv sind und sein dürfen als die der USA, erlauben die sozialistischen Produktionsverhältnisse eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, die über der amerikanischen und englischen liegt und etwa der der mittleren Aufrüstungsgruppe der kapitalistischen Länder entspricht.

Aber selbstverständlich betrachten wir in den sozialistischen Ländern eine solche Steigerung der Arbeitsproduktivität als ungenügend. Selbstverständlich beurteilen wir die Belastung unserer Fähigkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Rüstungen als sehr ernst.

Leere Stühle in USA-Hörsälen

110 000 Plätze im ersten Studienjahr an den Hochschulen der USA werden in diesem Lehrjahr unbesetzt sein. Das geht aus einem Bericht der Carnegie-Kommission für Hochschulbildung hervor, berichtet TASS aus New York. Dieser Mangel an Studenten in den Hochschulen der USA ist vor allen Dingen auf die weitere Erhöhung der Studiengebühren zurückzuführen. Zur Zeit kostet das vierjährige Studium an einer Universität der USA 14 000 bis 16 000 Dollar.

BRD-Bildungsmisere trifft Arbeiterkinder am stärksten

Gegen katastrophale Zustände im Bildungswesen der BRD hat sich die

Prof. Dr. Jürgen Kuczynski:

Was hat die Wissenschaft von der Abrüstung?

Soziale und ökonomische Folgen der Abrüstung für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik

Wenn daher auch bei unseren Bemühungen um Abrüstung und Sicherheit natürlich die Erhaltung und Sicherung des Friedens als erstes Ziel steht, so soll man nicht übersehen, daß wir an zweiter Stelle dabei an die Möglichkeiten denken, die die Abrüstung für die Beschleunigung der Hebung des technischen Niveaus unserer Industrie und Landwirtschaft sowie der Infrastruktur schafft.

Grundlegend verschieden aber sind die Wirkungen der Rüstung auf den Gesamtzustand der Wirtschaft. Wir hatten von einer Rüstungsmisere der amerikanischen Wirtschaft gesprochen. Von einer solchen Misere kann natürlich in der Sowjetunion nicht die Rede sein. Im Gegenteil! Unsere Wirtschaft, insbesondere die der Sowjetunion, entwickelt sich gesünder und kräftiger als je. Und doch, trotz dieses grundlegenden Unterschiedes der Auswirkungen der Rüstung auf die Wirtschaft eines sozialistischen und eines kapitalistischen Landes, sind wir mit all unserer Kraft daran interessiert, die Abrüstung so schnell und stark und intensiv wie möglich zu fördern. Wir sind nicht daran interessiert, die USA, alle kapitalistischen Länder, im Kriege oder durch Rüstung zu schlagen, sondern im Wettbewerb der friedlichen Koexistenz durch schneller steigende Arbeitsproduktivität, wie es Lenin schon vor mehr als einem halben Jahrhundert gefordert hat.

ARGUMENT Nr. 1

Von Nichtmilitärs wird vielfach das Argument vorgebracht, daß es die Militärs verstanden haben, die Technologie schneller zu entwickeln, als es je den Zivilisten gelungen ist. Dies wird niemand bezweifeln können.

Einmal spielt die besondere Art der Rüstungskonkurrenz eine besondere Rolle.

Vergleichen wir die zivile und die militärische Konkurrenz in der Produktion: Bei zivilen Produkten braucht der Druck der Konkurrenz nicht notwendigerweise zu technischen Verbesserungen zu führen. Wenn zwei Konkurrenten technisch gleichwertige Eisenschraube in 2 Ländern auf den Markt bringen, so wird es zunächst eine ganze Weile dauern, bis die internationale Konkurrenz überhaupt wirksam wird. Der eine kann den anderen auch ohne technischen Fortschritt, zum Beispiel durch eine elegantere Form des Eisenschraube oder auch eine Preislenkung schlagen, die bei verstärktem Absatz zu einem höheren Profit führen wird. Eine Bombe

aber wird dem Gegner gegenüber weder durch eine elegantere Form noch durch eine Preislenkung wirksamer — und allein auf diese Wirksamkeit, auf die durch verbesserte Technik größere Destruktivkraft kommt es bei der militärischen Produktion an.

Und sodann verlangt die militärische im Gegensatz zur zivilen Produktion stets eine Entwicklung in doppelter Richtung: eine bessere Rakete des Gegners verlangt sowohl eine noch stärkere Verbesserung der eigenen Rakete wie auch eine Verbesserung der Antirakete bzw. der Raketenabwehr.

Das alles geschieht im Rahmen einer Verbesserung „der Technik an sich“, während in der Zivilproduktion das Produkt nicht nur technisch genügen, sondern auch noch zahlreiche andere Bedürfnisse wie Bequemlichkeit, Schönheit usw. befriedigen soll. Vor allem aber darf es im allgemeinen einen bestimmten Preis nicht überschreiten. In der Rüstungsindustrie gilt praktisch das Prinzip der höchsten destruktiven Effektivität.

Da die Rüstungsproduktion also viel einseitiger in ihrem Zweck ist, hat sie natürlich in der Technologie und Technik größeren Fortschritt gebracht als die Zivilproduktion. Es genügt noch zu erwähnen, daß für die Rüstungstechnologie und -technik weit höhere Mittel zur Verfügung stehen als für die Zivilindustrie.

ARGUMENT Nr. 2

Ein weiteres, besonders von den Militärs verbreitetes Argument lautet: Die Rüstungsindustrie habe auch größten Nutzen für die Zivilindustrie. Zu einem fast kümmerlichen Resultat kam in dieser Beziehung eine im Auftrage des Pentagon unternommene Untersuchung über die Beziehungen zwischen der Entwicklung von Kriegstechnik und Ziviltechnik in den Jahren 1945 bis 1965. Entgegen den allgemein kursierenden Auffassungen kam diese Untersuchung zu dem Resultat, daß nur etwa fünf Prozent des technischen Fortschritts in der militärischen Produktion auch in der Zivilproduktion Eingang gefunden hatte. Das ist eine ungeheuer wichtige und bedeutungsvolle Feststellung, insbesondere, wenn sie von dieser Seite kommt. Die Ursachen für den geringen Spin-off, wie der Fachausdruck lautet, von der Technologie der Rüstungs- auf die der Zivilindustrie sind vor allem folgende:

Erstens: Die Geheimhaltung der Rüstungsindustriellen Technologie wird erst aufgegeben, wenn eine neue Technologie die vorangehende veraltet erscheinen läßt, solche Veranbarung wirkt aber natürlich nicht stimulierend auf ihre Anwendung in der Zivilindustrie.

Zweitens: Nach der Erfahrung in den USA ist die Adaptierung der Rüstungstechnik an die Erfordernisse der zivilen Praxis oft teurer als eine vollkommen neue Konstruktion.

Es kann also gar nicht davon die Rede sein, daß die Fortschritte in der Rüstungstechnologie von großer Bedeutung für den Fortschritt der Ziviltechnologie sind.

Im Gegensatz zu dem zweiten Argument, das falsch ist, hat das erste insofern eine sehr ernste Bedeutung, als wir im Gefolge der Abrüstung zweifellos einen ganz anderen, ich möchte sagen, moralischen Druck auf die Entwicklung der zivilen Technologie und Technik ausüben müssen, als es bisher der Fall war. Und hier wird sich wieder ein ganz großer Unterschied zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Ländern zeigen. Nicht, daß nicht heute auch in den sozialistischen Ländern ein großer Unterschied zwischen der Schnelligkeit und Energie der Entwicklung von Technologie und Technik auf militärischem und zivilem Gebiet besteht. Jeder Techniker weiß, wieviel schneller bürokratische Hemmnisse überwunden werden, wieviel eiliger Instrumente und Materialien und vor allem auch Kader für die militärische Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, als es für die zivile Forschung der Fall ist — sowohl in den kapitalistischen als in den sozialistischen Ländern. Hier eine Wandlung mit der Abrüstung und Entspannung zu bringen, wird allerdings in den sozialistischen Ländern unvergleichlich wirksamer sein, da in der kapitalistischen Wirtschaft der Gewinn das Primat hat, in der sozialistischen Gesellschaft aber die Erhöhung des Lebensstandards im weitesten Sinne das Wortes.

Folgen der Abrüstung für die Wissenschaftsentwicklung

Soziale und ökonomische Folgen der Abrüstung lassen sich auch unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Wissenschaft behandeln. Nicht nur, weil die Entwicklung der Naturwissenschaften eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Technologie und Technik ist, sondern weil sie allgemein, auch ohne den Umweg über Technologie, heute für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft größte Bedeutung hat. Allerdings wird sich das zukünftige Spektrum der Wissenschaft von dem gegenwärtig zu beobachtenden gründlich unterscheiden müssen. 1969 zum Beispiel waren entsprechend ihrem finanziellen Gewicht die Staatsausgaben der BRD für Forschung und technische Entwicklung so geordnet: Militär — Atom — Weltraum — Medizin — Verkehr — Datenverarbeitung. Im gleichen Jahr hat eine repräsentative Befragung der Bevölkerung darüber, welche Forschungsaufgaben der Staat fördern sollte, als Resultat folgende Reihenfolge ergeben: Medizin — Ernährung — Umwelthygiene — Lehren/Lernen — Energie — menschliche Beziehungen, Lehren/Lernen konnte in der vorangehenden Übersicht der faktischen Bundesausgaben keine Hauptrolle spielen, da die Ausgaben dafür in erster Linie nicht vom Bund, sondern von den Ländern getragen werden.)

Wir sehen, wie grundverschieden die Prioritäten sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die von der Meinungsumfrage ermittelten Prioritäten im Spektrum der Wissenschaften in einer Welt der Abrüstung viel näher sind als das heutige Ausgabenschema. Ebenso wenig kann es zweifelhaft sein, daß das neue Spektrum die sozialen und ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft wesentlich verbessern kann und wird.

Zugleich wird sich die Wissenschaftlichkeit unserer Produktion und damit ihre Qualität und Nützlichkeit (ganz abgesehen von der Arbeitsproduktivität bei ihrer Herstellung) wesentlich verbessern. Man muß sich doch darüber klar sein, daß heute mindestens zehnmal so viel Ausgaben für die Forschung auf jedes Produkt der Rüstungsindustrie wie auf ein gleich teures Produkt der Zivilindustrie entfallen. Man kann sich vorstellen, was auch nur eine Verdoppelung des wissenschaftlichen Elements in jedem Zivilprodukt für seinen Gebrauchswert bedeuten würde.

Und all das wird erleichtert, verbilligt und beschleunigt, wenn durch die Entmilitarisierung der Wissenschaft die Geheimhaltung aufgehoben und so der freie Meinungs- und Erfahrungsaustausch gefördert wird. In der Tat läßt sich sagen, daß unter den Bedingungen der Abrüstung jeder wissenschaftliche Fortschritt die sozialen und ökonomischen Verhältnisse der Menschen verbessern kann und in den sozialistischen Ländern verbessern wird. (ADN)



BRD-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gewandt. Sie kritisierte besonders die überhöhen Klassenstärken, ungenügende Weiterbildungsmöglichkeiten für die Lehrer und den häufigen Ausfall von Unterricht. Die größten Klassen, teilweise mit über 30 Schülern, die am kürzesten ausgebildeten und am schlechtesten bezahlten Lehrer gibt es nach Feststellung der Gewerkschaft dort, wo die Kinder der Arbeiter, der Landbevölkerung und der „kleinen“ Angestellten ihre Schulpflicht erfüllen. Diese Situation wird sich nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft noch verschärfen. Bis 1975 muß mit einer Steigerung der Schülerzahl um eine Million gerechnet werden, für die 80 000 Lehrer mehr benötigt würden. Mehrere Bundesländer verhängten jedoch bereits für 1972 eine Einstellungssperre für den Lehrernachwuchs.

Wohnsituation für BRD-Studenten katastrophal

„Kein Einzelfall: 105 Mark Miete für sieben Quadratmeter“ überschrieb kürzlich das „Hamburger Abendblatt“ einen Bericht über die katastrophale Wohnsituation der Studenten und führte als Beispiel den afrikanischen Studenten Jean-Laurent Takelou an, der mit seiner jungen Frau für diesen Preis einen derartigen Raum ohne Fenster in Barmbeck-Süd bewohnt. Licht kommt durch ein winziges Oberlicht, Luft (und Regenwasser) über einen Ventilator. „Jean-Laurent Takelou geht es noch gut: Er hat ein Dach über dem Kopf“, schreibt das „Hamburger Abendblatt“.

Rhein wird zunehmend „aufgeheizt“

Eine „katastrophale Entwicklung“ des Wasserhaushaltes hat die BRD-

Kommission zur Sauberhaltung des Rheins prognostiziert. Mit Hilfe umfangreicher Analysen wurde in einem „Wärmelastplan Rhein“ festgestellt, daß der Fluß bei Verwirklichung aller bekannten Kraftwerke- und Industriebauten von schweizerischer, französischer und BRD-Seite — einschließlich der bereits existenten Wärmebelastung — bereits im Jahre 1975 in Engpässen eine Temperatur von 28 Grad Celsius erreicht. Wenn keine umfassenden Schutzmaßnahmen getroffen werden, würde das Rheinwasser zehn Jahre später sogar bis zu der extremen Temperatur von 35 Grad Celsius „aufgeheizt“ sein. Bereits eine Erwärmung auf 30 Grad würde jedoch das Absterben fast allen Lebens im Rhein zur Folge haben. Die eintretende Sauerstoffzehrung würde die Regenerationsfähigkeit des Flusses „total erschöpfen“, und die

Trinkwasserversorgung der Rhein-Anlieger würde zusammenbrechen. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, was der Vorsitzende der genannten Kommission, der bayerische Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Werner Best, zur Anwendung von Gefahren auf einer Pressekonferenz erklärte. Er empfahl nämlich, die hohen Kosten der Unternehmen für unerlässliche Kühlsysteme über Strom- und andere Preise auf die Werkstätten abzuwälzen. Eine Kostenerhöhung für die „Endverbraucher“ von Elektroenergie hielt er z. B. im Interesse des Umweltschutzes für „durchaus zumutbar“. Er forderte sogar, solche Belastungen der Werkstätten im Interesse der „Wettbewerbsgleichheit“ in allen Anliegerstaaten des Rheins vorzunehmen.